

Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Druckerschrift: Neudruck Dresden.
Verlags- und Sammelnummer: 25 241.
Nur für Nachdruck: 20 011.

Bezugs-Gebühr vom 16. bis 31. Juli 1924 bei gleich zweimonatlicher Zustellung bei Kurs 1,20 Goldmark. Postbezugspreis für Monat Juli 1,00 Goldmark. Einzelnummer 10 Pfennig.
Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet: die einseitige 30 zum breiten Seite 20 Pfg., für auswärts 35 Pfg. Familienanzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt 10 Pfg., außerhalb 20 Pfg., die 50 aus breite Reklamspalte 150 Pfg., außerhalb 200 Pfg. Offertengelder 10 Pfg. Klaus. Anträge gegen Vorauszahlung.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Merseburgerstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Neuph & Neudruck in Dresden.
Postfach - Konto 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Deutschlands Wirtschaftseinheit in London.

Beseitigung der Micum und der Regie zum 1. Oktober vorgeschlagen.

Widersprechende Meldungen über die Einladung Deutschlands nach London. — Schlechte Ausichten auf Reichshilfe für die Wirtschaft

Die Entschliessungen des wirtschaftlichen Unterausschusses.

Paris, 23. Juli. Der Sonderberichterstatter der Agentur Havas meldet aus London: Der Unterausschuss der zweiten Kommission beendete gestern die Abfassung seiner Entschliessungen. In dem Dokument werden die Maßnahmen aufgezählt, die getroffen werden müssen, um die deutsche Wirtschaftseinheit wieder herzustellen. Deutschland müsse die notwendigen Gesetze bis zum 1. August angenommen haben. Am 1. Oktober müssen sämtliche in den Beschlüssen der Reparationskommission vom 15. Juli enthaltenen Bestimmungen erfüllt sein. Als Gegenleistung für die Annahme der Gesetze werden die französisch-belgischen Behörden die innere Zolllinie aufgeben, ebenso die Auslieferung von Verlaubbewilligungen, sowie die Kohlensteuern erheben. Die bei den französisch-belgischen Besatzungsbehörden eingegangenen Abgaben werden als erste Annuität zur Durchführung des Dawes-Planes angerechnet. Am 1. Oktober sollen die Micum und die französisch-belgische Eisenbahnregie ihre Tätigkeit ein. Zur Regelung der Konflikte wird ein schiedsrichterlicher Ausschuss einberufen.

Er wird Maßnahmen für die Herstellung des französischen Friedenszustandes treffen und die Annahme durchführen.

Nur kurzfristige Anleihe für fünf oder zehn Jahre.

London, 23. Juli. Die getrigen Beratungen über die 500-Millionen-Anleihe sind im Privatzimmer Lord Snowdens im Unterhause abgehalten worden. Es nahmen der Präsident der Bank von England, der französische und der italienische Finanzminister, der englische Kolonialminister und der Vertreter Morgans an ihr teil. Ueber das Ergebnis wird zuverlässig bekannt, daß die Anleihe nur kurzfristig für fünf oder zehn Jahre zur Verfügung gestellt werden soll und daß sie durch den Verkauf der Industrieobligationen von der deutschen Regierung zurückgezahlt werden soll. Der diplomatische Korrespondent des „Manchester Guardian“ bemerkt hierzu, daß die Bankiers keinen Zweifel darüber gelassen haben, daß sie erst die militärische Räumung der Ruhr und die volle Kontrolle der Eisenbahnen im Ruhr- und Rheingebiet durch deutsche Behörden wünschen. Aber auch in Berlin wollen seit Sonntag zwei Vertreter des New Yorker Bankhauses Bazar, Rubin und Loeb ihr Besuch gilt gleichfalls der Anleihe an Deutschland. Wie aus Äußerungen des Außenministers Dr. Stresemann am Dienstag vormittag zu den Parlamentariervertretern zu entnehmen ist, kann Deutschland die Begebung der Anleihe für Anfang September erwarten, wenn es die Londoner Beschlüsse annehmen wird.

Die Amerikaner in London.

(Sonderdienst von der Londoner Konferenz.)

London, 23. Juli. Die Situation ändert sich von Stunde zu Stunde. Es ist nicht einfach, die einzelnen Phasen der Verhandlungen, soweit sie überhaupt sichtbar sind, zusammenzufassen. Eine Tatsache, die gestern mitgeteilt wurde, wird heute deutlicher, nämlich daß die Anwesenheit des amerikanischen Staatssekretärs von außerordentlicher Bedeutung ist, und daß der Standpunkt der Finanzleute und Bankiers seinerseits geteilt wird. Dazu sagt der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ ausdrücklich, daß Hughes den Standpunkt vertritt, daß man kein Geld auf Grund eines aufgezogenen Lieberinkommens verleihen kann. Das stellt eine starke Rückenbedeckung für die Bankiers dar. Infolgedessen ist der Ernst der Situation, wenn auch nicht vollkommen ausgesprochen, so doch in der Haltung nicht nur der Bankiers, sondern auch der amerikanischen Politiker im allgemeinen gelegen. Es ergibt sich die Notwendigkeit, daß die Vereinigten Staaten sich unter Umständen in Europa betätigen werden, wenn ihre Grundzüge und Bedingungen angenommen werden. In dieser Beziehung herrscht aber

Uebereinstimmung zwischen der Bankwelt diesseits und jenseits des Ozeans.

Deute geben die Verhandlungen weiter. Es verdient hervorgehoben zu werden, daß offenbar der Versuch gemacht wird, die Sicherung der Anleihe als eine Bagatelle hinzustellen, wie schon in der vorigen Woche der Versuch gemacht wurde, die Zinsen von 5 bis 6 Millionen Pfund gegenüber dem deutschen Haushaltsbudget, das sehr optimistisch mit 50 Millionen Pfund angelegt wurde, als eine Bagatelle hinzustellen. Immerhin sind auch hierüber die Meinungen geteilt. Man hat den Eindruck, daß die hauptsächlichsten Verhandlungen der Vollziehung, wenn sie nicht noch in letzter Stunde abgelehrt werden, einen kritischen Verlauf nehmen werden. Es ist möglich, daß die heutige Vollziehung lediglich eine formale Demonstration der Einmütigkeit sein will. Ob das gelingen wird, ist aber zweifelhaft. Wenn allerdings, wie beschlüsselt, nur Kenntnis angenommen werden soll von den Berichten der Ausschüsse und Unterausschüsse, dann sind heute keine besonderen Ereignisse zu erwarten.

Das Tagesprogramm für Mittwoch.

(Durch Funkgespräch.)

London, 23. Juli. Nach dem „Daily Telegraph“ wird Herrriot heute mit dem amerikanischen Staatssekretär eine Besprechung haben. Vormittags werden die Hauptdelegierten mit den Vorsitzenden der drei Kommissionen beraten, und nachmittags 3 Uhr wird voraussichtlich die Vollkonferenz zusammenkommen, um die Berichte entzueinanderzulegen und die Bedingungen für eine an Deutschland zu richtende Einladung zu beraten sowie die Änderungen des Protokolls der ersten Kommission in dem von den Bankiers geforderten Sinne zu erwägen. (W.F.)

Danziger Fragen.

Von Dr. Käthe Schirmacher.

Danzig ist ein Brennpunkt europäischer, ja internationaler Politik und verdient dauernde Aufmerksamkeit. Die „Freie Stadt“ hat sich durch alle Klippen einer Währungsreform hindurchgeschlagen und große wirtschaftliche Lichtblicke bewiesen. Es ist ein kleiner Staat von 344 380 Einwohnern (162 683 Männer, 180 657 Frauen), die Bevölkerung seit Oktober 1919 betrug 2,1 v. H. Die Landbevölkerung nahm ab, die Stadtbevölkerung zu, und zwar durch Zuwachs vom Lande — die wahlberechtigte Bevölkerung betrug am 19. November 1923 rund 200 000 Seelen; härteste Partei sind die Deutschnationalen, sie haben von den 120 Mandaten des Volkstages 29, die Mehrheitsfraktionen 28, Zentrum 14; die Polen verloren 2 Mandate (von 7 auf 5), eine höchst bedeutende Tatsache, da sie Danzig doch eine polnische Stadt nennen. Die gleiche Abfuhr erlitten sie übrigens in Ostpreußen, wo sie wieder in Marienburg, noch Stuhm, noch Marienburg vorankommen. Ostpreußen gab 1920 in den Abstimmungsgebieten 97,50 v. H. deutsche Stimmen ab, bei den letzten Reichstagswahlen 97,45 v. H. Die Polen aber behaupten, die Abstimmung von 1920 sei durch deutschen Terror „gefälscht“. Die Polen „behaupten“ immer. Das weiß man auch in Danzig. Man kann sagen: die danzig-polnischen Beziehungen bilden einen verwinkelten, verhebberten, verzerrten Kollisions, den der Völkerverbund von Welt zu Welt durchhaut. Einmal bekommt Danzig den Dieb und Polen die Wölfe, einmal umgekehrt.

Bei der Frage des polnischen Munitionslagers mitten im Danziger Hafen zog Danzig den kürzeren! Das schöne, Danzig zumächstegelegene Seebad Westerpforte wird den Polen zur Sprengstofflagerung überliefert, die schönen Anlagen abgeholt, den Danzigern der billigste Ausflug gestrichelt. — Den Danziger Hafen verwaltet die Stadt selbstständig, sondern er bildet einen Hafenausschuß (aus Deutschen und Polen, unter einem Schweizer Vorsitzenden), der hohe Tagegelder für seine Mitglieder braucht, seine Finanzen aber nicht zur Blüte bringen, die Verwaltung der Weichsel nicht regeln kann und gegen dessen Entscheidungen (der Vorsitzende gibt den Ausschlag) beide Teile dauernd den zurzeit englischen Völkerverbundskommissar Mac Donnell anrufen. Der gleiche Kampf spielt sich um die Danziger Eisenbahnen ab, die Polen selbst verwaltet. Beamte, Ausschüsse, Befanntmachungen sollen, da Danzig 99,1 v. H. deutsche Bevölkerung hat, deutsch sein. Polen versucht jetzt, zweisprachige Beamten einzuführen, als Vorstufe für einsprachig-polnische und um wieder so und so viel Deutsche brotlos zu machen. Derselbe sigen, unter Leitung des Herrn Mac Donnell, der Danziger Senatspräsident und der diplomatische Vertreter der Republik Polen“, Herr Denryl Strakosky, am Verhandlungstisch und schließlichen Abkommen, die die Zahl der danzig-polnischen Streitpunkte auf den Völkerverbundtagungen in Genuf verringern sollen. Sie sind darin glücklicher, als der Hafenausschuß. So wurde vereinbart, daß Danzig selbstständige Teilnahme an der internationalen Eisenbahnkonferenz zuzieht; daß Danzig auch beim Abschluß von Handelsverträgen mit Polen nicht „wie eine polnische Provinz“, sondern als selbstständiger Staat zu behandeln ist, und daß die Danziger Behörden ihren Staatsangehörigen eigene Danziger Pässe in deutscher Sprache auszustellen berechtigt sind. All diese Schwierigkeiten entstehen daraus, daß Polen die auswärtige Vertretung Danzigs zugesprochen ist, dadurch ist der Danziger Bürger in Polen schutzlos, da er in seinen Danziger Konial, sondern nur polnische Behörden gegen ihre eigenen Ueberartiffe anrufen kann. Dieser Punkt steht auf der Tagesordnung der Aufhebung des Völkerverbundes. Wird Danzig wieder den Dieb bekommen oder das gleiche Recht, das die Schweiz, A. B. dem kleinen Fürstentum Liechtenstein zugesichert?

Auch wirtschaftlich trachtet Polen Danzig nach dem Leben, sobald dies sich national zur Wehr setzt. Der polnische Senatspräsident Traupmann fordert Danzigs wirtschaftliche Verwahrlosung: nichts mehr über den Danziger Hafen, alles über Stettin und Königsberg, bis der große polnische Hafen, Gdingen, im aeraubten Weichpreußen, fertig ist. So werde man „die halbschwarzen Danziger“ klein kriegen und sie Polen einverleiben. Hiergegen erheben sich nun die Polen in Danzig und erklären: „Danzig den Danzigern“, wozu sie sich auch rechnen. Es sei auch unrausam, Danzig Polen einzuverleiben, denn das Danziger Deutschtum würde als „das kulturelle Element Polens“ sofort die Führung der nationalen Minderheiten übernehmen und das „unerbittliche Danziger Unrecht“ innerstaatlich wie im Ausland sehr schlecht wirken.

Während das Danziger Schiff auf ungenutzten Stellen schaukelt, wird an Bord strenge Ordnung gehalten. Der erste Guldenhandhabhaltung ist angeheftet und befindet sich im Gleichgewicht. Eine 900 Beamte sind „abgebaut“, die Steuerleistung beträgt 7,11 Gulden auf den Kopf (Sozialversicherung 2,19, Schulverwaltung 2,08, innere Verwaltung 1,89, der Rest 11 Gulden, auf die anderen Verwaltungszweige), die Geldknappheit in eine Gefahr, die geplanten Änderungen des polnischen Zolltarifs, der Danzig mitunflammt, bedroht Danzigs gesamte Wirtschaftleben, die derzeitige Ausfuhr betrug 1923 7,1 Millionen Doppelzentner, von 11,7 Seelenteigehandeln, die Handelsbilanz ist also aktiv. Eingeführt werden vor allem Lebensmittel (aus Amerika), ausgeführt Holz und Leder (nach England und Frankreich). Verhäftes Interesse widmet gerade England dem Danziger Handel, was die „Wirtschaftsstandards“ Hande, standfüllt“ beweist, die zwar in Kopenhagen erfindet — aber auf englisch — und auch England den größten Raum gibt. Sie beginnt mit einer Karte des 1919 zerlegten Europas und gibt

Der Streit um die Einladung Deutschlands.

Schon ein englisch-italienischer Antrag auf Einladung Deutschlands?

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.)
Basel, 23. Juli. Die „Basler Nachrichten“ melden aus London: Dienstag abend wurde bekannt, daß der heutigen Vollkonferenz der offizielle Antrag Englands und Italiens nach sofortiger Einladung der Deutschen vorliegt. Das ist das Ergebnis des gestrigen dreistündigen englischen Kabinettsrats, dem eine halbständige Unterredung Macdonalds mit dem italienischen Vorkonferenzkollegat war.

Soll Deutschland nur unterzeichnen?

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.)
Rotterdam, 23. Juli. Der „Courant“ meldet aus London: Die am 27. d. Mts. ablaufenden Mietverträge der Regierung mit den Hotels für die Quartiere der ausländischen Delegationen sind bisher nicht verlängert worden, so daß die Konferenz bestimmt mit der Woche zu Ende gehen zu sollen scheint. Für die Deutschen, wenn sie noch kommen, bleibt kaum ein Tag übrig, was den allgemeinen Eindruck steigert, daß es sich höchstens um ein kurzes Anhören der Deutschen vor der Unterzeichnung des fertigen Protokolls handeln kann. Seltam berührt die unbedingte Ueberzeugung der alliierten Staatsmänner und auch der Delegationen, daß Deutschland unterschreiben wird.

Amerikanisches Mißtrauen.

London, 23. Juli. Die „Times“ melden: Die amerikanische öffentliche Meinung scheint bezüglich der Einigung der Repso für das Amt eines Schiedsrichters sehr mißtrauisch zu sein. Der amerikanische Vorkonferenzbesand, daß Sanktionen der Entscheidung eines besonders ernannten Ausschusses überlassen bleiben sollen. Weiter melden die „Times“, daß in der heutigen Vollkonferenz außer der Entgegennahme der Berichte der drei Kommissionen auch die Frage einer Einladung an Deutschland erörtert werden soll. Wahrscheinlich wird heute beschloffen werden, Deutschland anzufordern, an der Konferenz als gleichberechtigt teilzunehmen. (S. T. B.)

Noch keine Klärung.

Ausarbeitung eines englischen Entschlusses?

London, 23. Juli. Die Auffassung diesseits politischer Kreise über die Frage der Zulassung Deutschlands zu der Londoner Konferenz geht heute dahin: Trotz mancher mit der innerpolitischen Lage in verschiedenen alliierten Ländern zusammenhängenden Schwierigkeiten besteht immer noch die Hoffnung, den unter den Alliierten vorwiegenden Grund, die volle Mitarbeit Deutschlands bei der Durchführung des Dawes-Berichts zu sichern, bald wirksam zu sehen. Diese Mitwirkung könnte nach englischer Ansicht in der Gestalt erfolgen, daß der von den Alliierten erzielte Entwurf eines Lieberinkommens den deutschen Delegierten in London zur Stellungnahme unterbreitet werde. Durch dieses Verfahren würde es nach englischer Auffassung möglich sein, Deutschland bei der endgültigen Schaffung des Lieberinkommens zu Rate zu ziehen.

Eine weitere Meldung aus London besagt: Heute hat eine Besprechung zwischen Macdonald, Herrriot, Stefani und Kellogg über die Frage der Einladung Deutschlands zu der Konferenz stattgefunden. Ein positives Ergebnis hatte diese Besprechung aber nicht. Wie verlautet, ist die englische Delegation aufgefordert worden, über ihren Standpunkt in dieser Frage ein Gutachten auszuarbeiten. In diesem Gutachten sollen dann französische Sachverständige Stellung nehmen. Das Votum wird dann der französischen Delegation unterbreitet. Es ist noch der ganzen Lage der Konferenz nicht damit zu rechnen, daß über die Einladung Deutschlands vor Ende der Woche eine Entscheidung fällt. Herrriot ist der Ansicht, daß eine Einladung Deutschlands erst in Frage kommt, wenn eine Einigung der Konferenz über die Beschlüsse der drei Ausschüsse erzielt ist.

Abreise der Militärsachverständigen.

Genf, 23. Juli. Der „Matin“ meldet aus London, daß die militärischen Sachverständigen der Konferenz unter Führung des Generals Gattelus am Montag aus London abgereist sind. Das behauptet, laut „Matin“, daß seine Erörterung der militärischen Räumungsfragen auf der Konferenz mehr in Aussicht genommen ist.